

«Ich glaube an die Dynamik der Wahrheit»

Dick Marty über den Europarat, die Folgen der CIA-Berichte und seine Ermittlungen im Ausland und in der Schweiz

Der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty findet den Vorschlag des Bundesrats für ein nationales Menschenrechtsinstitut halbhatzig. Die Vorstellung, es gebe in der Schweiz kein Problem mit der Wahrung der Grundrechte, sei falsch und gefährlich.

Herr Marty, die Schweiz übernimmt am 18. November für sechs Monate die Präsidentschaft des Europarats. Wofür sollte sie sich einsetzen?

Immer mehr Mitglieder des Europarats sind heute Mitglied der EU. Deshalb muss sich der Europarat auf seine Stärken konzentrieren: die Menschenrechte, die Demokratie, den Schutz der Minderheiten. Hier muss die Schweiz Akzente setzen, und das wird sie auch tun. Sie wird auch die einmalige Gelegenheit nutzen, eine grosse Debatte über den Föderalismus zu lancieren.

Sich aufs Kerngeschäft besinnen heisst auch, Ballast abzuwerfen.

Die parlamentarische Versammlung, der ich angehöre, erstellt eine Unzahl von Berichten, die nicht die genannten Kernbereiche betreffen. Zum Beispiel Kultur-, Wirtschafts- und Umweltfragen: Sie sind natürlich wichtig, aber es gibt andere Organisationen, die kompetenter sind auf diesen Gebieten.

Das Sorgenkind Nummer eins in Strassburg ist der überlastete Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

Der Gerichtshof hat für mich oberste Priorität. Dass die Justiz in nützlicher Frist entscheidet, ist auch ein Grundrecht. Man sagt oft, das Strassburger Gericht sei Opfer seines Erfolgs geworden. Aber man kann die Sache anders sehen. Die Überlastung des Gerichts zeigt auch, dass die Menschenrechtslage in vielen Mitgliedstaaten immer noch mangelhaft, sogar miserabel ist. Das Strassburger Gericht hat eine wichtige und unersetzbare Watch-Dog-Funktion.

Über 100 000 Beschwerden sind hängig. Ist das Gericht falsch organisiert, oder hat es zu wenig Mittel?

Sicher muss man die Funktionsweise des Gerichts überdenken. Die Schweiz will dazu einen Anstoss geben, unter anderem mit einer Ministerkonferenz in Interlaken im Februar. Aber der Gerichtshof braucht auch mehr Mittel. Er ist vergleichsweise billig und verfügt über einen Bruchteil der Ressourcen, die man dem Haager Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien gegeben hat.

Dann sollten sich die 47 Mitgliedstaaten eine Aufstockung leisten können?

Ja. Aber mein Verdacht ist, dass viele Regierungen gar kein Interesse daran haben, dem Gerichtshof mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Weshalb nicht?

Die Regierungen mögen es nicht, wenn man sie verurteilt. Zurzeit ist Italien erzürnt, weil die Richter in Strassburg das Kreuzifix aus den öffentlichen Schulen verbannt haben. Russland ist unzufrieden, weil der Gerichtshof am Laufmeter Urteile zu Tschetschenien fällt. Russland protestiert, indem es als einziges Land das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK nicht ratifiziert. Mit diesem Protokoll wollte man die Effizienz des Gerichts verbessern.

Kann die Konferenz in Interlaken diese Blockade lösen?

Wenn sich die Minister mit diesen Problemen befassen, wenn es ins Bewusstsein der Leute dringt, dass dieses Gericht besser funktionieren muss – dann ist das schon ein Erfolg.

Das tönt nicht gerade euphorisch.

Ich spüre in Strassburg oft, dass die Regierungen den Gerichtshof als Störfaktor wahrnehmen. Wenn das Gericht mehr Mittel erhalten soll, müssen die



Dick Marty: «Man sagt immer, bei uns gebe es keine Probleme mit den Menschenrechten. Gleichzeitig hat man Angst vor einer nationalen Institution.» KARIN HOFER / NZ

Parlamentarier, die NGO und die Zivilgesellschaft Druck auf die Regierungen ausüben. Das Strassburger Gericht ist eigentlich eine ausserordentlich wichtige Garantie für die Freiheit und die Grundrechte von 800 Millionen Menschen auf unserem Kontinent, also auch für Sie und mich.

Sollte der Europarat Russland härter anpacken, etwa der russischen Delegation das Stimmrecht entziehen?

Die beste Möglichkeit, auf Russland Einfluss auszuüben, ist immer noch der

«Leider ist das Bewusstsein für solche Missbräuche des Staatsgeheimnisses verloren gegangen – auch in der Schweiz.»

Dialog. Wenn man es ausschliessen will, erreicht man überhaupt nichts. Russland ist geopolitisch so wichtig, dass wir es als Teil von Europa betrachten sollten. Übrigens sind die Russen in Strassburg sehr präsent, präsenter als die Franzosen sogar. Das bedeutet, dass Russland den Europarat als wichtige Institution betrachtet und sehr empfindlich ist bezüglich dessen, was dort passiert.

Sie sind zurzeit Berichterstatter des Europarats für den Nordkaukasus. Wie erleben Sie den russischen Widerstand dort?

Ich versuche immer noch, in den Nordkaukasus zu reisen. Aber die Russen haben das noch nicht ermöglicht. Das könnte ein Zeichen sein, dass sie Angst vor meinem Bericht haben. Aber man kann es auch als Zeichen deuten, dass die Berichterstattung des Europarats eine Bedeutung hat. Das ist wichtig, denn es gibt in Russland eine lebendige Zivilgesellschaft. Es

gibt auch NGO, die eine hervorragende Arbeit leisten.

Bisher konnten Sie die Region nicht bereisen – was ist passiert?

Im Juni dieses Jahres habe ich die Menschenrechtsaktivistin Natalja Estemirowa, die für die Organisation Memorial in Tschetschenien tätig war, zu einer Anhörung nach Paris eingeladen. Am Tag nachdem sie meine Einladung per mein E-Mail bestätigt hatte, wurde Frau Estemirowa ermordet. Inzwischen ist noch etwas passiert. Ende Oktober wollte ich nach Tschetschenien reisen, um mich, unter anderem, mit einem Menschenrechtler zu treffen. Er wurde kurz vor dem geplanten Treffen ermordet.

Gleichzeitig ist der Bundesrat auf Schmusekurs mit Russland. Stört Sie das?

Nein. Wir müssen gute Beziehungen zu Russland unterhalten. Ärgern würde mich, wenn das Thema Menschenrechte nicht zur Sprache käme. Beim Staatsbesuch Medwedew waren die Aussagen des Bundesrats diesbezüglich ziemlich widersprüchlich.

Sie haben als Sonderermittler des Europarats zwei vielbeachtete Berichte über die Geheimgefängnisse der CIA in Europa verfasst. Welche Folgen hatte Ihre Untersuchung aus heutiger Sicht?

Nehmen wir meinen ersten Bericht von 2006. Er enthielt bereits viele Hinweise auf die Existenz von Gefängnissen in Europa. Das brachte etwas ins Rollen. Ich erhielt immer mehr Informationen. Die Wahrheit kam Stück für Stück zum Vorschein. Am 6. September, zwei Monate nach der Veröffentlichung meines ersten Berichts, hat Präsident Bush in einer Rede zugegeben, dass es die Geheimgefängnisse gegeben hat.

Sind Sie sicher, dass dieses Eingeständnis eine Folge Ihrer Untersuchung war?

Ich glaube schon. Die USA wussten zu diesem Zeitpunkt, dass ich sensitive Quellen erschlossen hatte. Sie dachten wohl, dass es besser ist, die Informationen über die Geheimgefängnisse der CIA mindestens teilweise offenzulegen, um einer Enttstellung meinerseits zuvorzukommen. Sie haben sicherlich nicht so viele Einzelheiten erwartet, zum Beispiel über die Rolle der Nato.

Und in Europa?

Die Berichte machten gewissen gerichtlichen und parlamentarischen Behörden Mut. Zum Beispiel eröffnete die Münchener Staatsanwaltschaft endlich eine Untersuchung im Fall des deutschen Staatsbürgers Khaled al-Masri, der von der CIA mit Wissen und Hilfe der deutschen Behörden nach Afghanistan entführt und gefoltert worden war. Eine Untersuchung zu den Beziehungen zwischen dem Bundesnachrichtendienst und der CIA wurde vom Bundestag eröffnet. Und die Staatsanwaltschaft Mailand dehnte ihre Ermittlungen im Fall Abu Omar aus. Am Ende wurden 23 amerikanische Agenten verurteilt. Das ist ziemlich sensationell. Gott sei Dank gibt es in Italien noch eine unabhängige Staatsanwaltschaft.

Hat sich durch die Aufarbeitung grundsätzlich etwas verbessert?

Die Berichte haben ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass die Respektierung der Menschenrechte auch in Europa nicht garantiert ist. Die Terrorismusbekämpfung zeigte, was man mit Angstmacherei anstellen kann. Die Bush-Regierung hat viel in diese Propaganda investiert. Die Leute akzeptierten plötzlich Dinge, die sie sonst nie hingenommen hätten. Das Problem ist, dass die Regierungen das Staatsgeheimnis missbrauchen, um illegale Machenschaften zu kaschieren. Zurzeit arbeite ich an einem Bericht für den Europarat zu dieser Thematik. Leider ist das Bewusstsein für solche Missbräuche verloren gegangen, auch in der Schweiz.

Wie meinen Sie das?

Nehmen Sie den Fall Tinner. Ich war schockiert über die Reaktion der Politik. Wenn der Bundesrat in ein laufendes Verfahren eingreift und Beweismittel vernichtet, ohne beim Bundesgericht eine Genehmigung einzuholen, dann ist das kein Rechtsstaat mehr.

Der Bundesrat berief sich auf seine verfassungsmässigen Vollmachten für den Fall, dass die äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet ist.

Eben. Damit hat der Fall Tinner nichts zu tun. Hier geht es um 20 Jahre dubiose Geheimdiensttätigkeit sowie um die Vernichtung von Beweismitteln in einem seit Jahren laufenden Verfahren. Die erwähnte Verfassungsbestimmung wurde für den Kriegsfall und dergleichen geschaffen. Im Fall Tinner hätte man eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen sollen. Aber die Politik interessiert sich zu wenig für diese institutionellen Fragen.

Kann man davon ausgehen, dass Sie dem Fall Tinner in Ihrem Bericht für den Europarat ein längeres Kapitel widmen? Sicher, es wird ein Kapitel geben.

Und sehen Sie Chancen, noch etwas Neues herauszufinden?

Sehen Sie, ich glaube an die Dynamik der Wahrheit. Mein erster Bericht enthielt Hinweise auf ein geheimes Foltergefängnis auf dem amerikanischen Stützpunkt Diego Garcia, aber keine Beweise. Toni Blair äusserte sich darauf so abschätzig über mich, als wäre ich der letzte Mensch. Später, als wir sogar die Namen und die Aussagen von Häftlingen auf Diego Garcia hatten, musste sich ein Minister von Gordon Brown im Parlament für Blairs Äusserungen entschuldigen.

Sie gehen im Auftrag des Europarats den Vorwürfen nach, die Kosovo-Befreiungsarmee UCK habe 1999 Serben ge-

tötet und ihre Organe verkauft. Wie kommen Sie voran?

Ich kann hier nur sagen, dass dieser Fall sehr schwierig ist. Eigentlich ist es eine weitere «Mission Impossible». Die Ereignisse liegen schon lange zurück, und niemand hat ein Interesse, darüber zu sprechen, auch die internationalen Organisationen nicht. Man möchte vergessen. Es gibt natürlich die Familien, die wissen möchten, was passiert ist.

«Die Überlastung des Gerichts zeigt auch, dass die Menschenrechtslage in vielen Mitgliedstaaten immer noch mangelhaft, sogar miserabel ist.»

Ich will nicht pauschal Ihren Berufsstand kritisieren – dafür habe ich zu viel Respekt! Aber mehr Journalisten, als man denken würde, haben einen geheimen Nebenjob. Sie werden von den Nachrichtendiensten mit Geld oder mit Informationen bezahlt. Das war auch bei der CIA-Untersuchung so.

Und wie gehen Sie damit um?

Wenn man mit Journalisten spricht, die mit Falschinformationen operieren, spürt man das irgendwie. Aber man muss sehr wachsam sein.

Der Bundesrat ist gegen die Schaffung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution, wie sie der Europarat und die Uno empfehlen. Stattdessen schlägt er dem Parlament ein universitäres Kompetenzzentrum für Menschenrechte vor. Was halten Sie davon?

Der Bundesrat will das Thema an eine oder zwei Universitäten delegieren. Das ist sehr schade, aber es ist immerhin ein Versuch.

Wie hätten Sie sich das Institut vorgestellt?

Als eine institutionell solidere Lösung, auch ausserhalb der Bundesverwaltung, unabhängig und mit mehr Prestige als ein Universitätsinstitut, das es als Nebenbeschäftigung abwickelt. Ich verstehe die Position des Bundesrats nicht. Man sagt immer, bei uns gebe es keine Probleme mit den Menschenrechten. Gleichzeitig hat man Angst vor einer solchen Institution.

Weshalb?

Vielleicht ist eben doch nicht alles perfekt. Nehmen wir die Art und Weise, wie bei uns Richter gewählt werden: durch eine Absprache unter den Regierungsparteien, nach einer mathematischen Formel. Wenn ich das in Strassburg erzähle, sagt man mir, das widerspreche allen internationalen Standards und vor allem der Gewaltentrennung. Ich war immer dafür, einen Justizrat zu schaffen, welcher der Bundesversammlung Kandidaten vorschlägt, aufgrund ihrer Fähigkeiten und unabhängig von der Parteifarbe.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat seinerzeit den libyschen Schauprozess gegen die bulgarischen Krankenschwestern in einer Resolution verurteilt. Sollte die Schweizer Delegation im Fall der festgehaltenen Schweizer versuchen, dasselbe zu erwirken?

Dieser Fall wurde in Strassburg bisher nicht thematisiert. Ich bin der Meinung, dass wir jetzt die Strategie des Bundesrats kohärent unterstützen sollten. Es wäre nicht gut, wenn die Parlamentarier eine ganz andere Strategien verfolgen würden. Wenn man ein Schachspiel gewinnen will, muss man eine klare und konsequente Strategie verfolgen. Geduld und Entschlossenheit sind gefragt.

Interview: sig.